

# Besteuerung privater Kapitalerträge ab 2009

## Abgeltungsteuersatz

Die Besteuerung privater Kapitaleinkünfte wie z. B. Dividenden, Zinsen, Investorerträge wird für nach dem 31. Dezember 2008 zufließende Erträge neu geregelt und weitestgehend vereinheitlicht. Entsprechende Einkünfte unterliegen dann einem **Abgeltungsteuersatz** von **25 %**, der eine endgültige Steuerbelastung darstellt. Mit dem pauschalen Steuersatz in Höhe von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) ist die Einkommensteuer auf diese Kapitaleinkünfte **abgegolten**. Der Abgeltungsteuersatz gilt **nicht** für Zinszahlungen von Kapitalgesellschaften an Gesellschafter bei einer Beteiligung von 10 % oder mehr sowie bei stillen Beteiligungen und Darlehen zwischen nahestehenden Personen; derartige Erträge werden mit dem „normalen“ persönlichen Steuersatz besteuert.

Da der neue Abgeltungsteuersatz von 25 % auch für Gewinne aus der **Veräußerung** von Aktien usw. (bisher: private Veräußerungsgeschäfte) gilt und diese Erträge jetzt zu den Einkünften aus Kapitalvermögen gehören, werden z. B. Kursgewinne künftig generell einkommensteuerpflichtig. Dies gilt allerdings erst für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien usw., die **nach dem 31. Dezember 2008 erworben** werden. Bei Verkäufen von vor diesem Zeitpunkt angeschafften Aktien und Wertpapieren bleiben Gewinne – wie bisher – nach Ablauf der einjährigen „Spekulationsfrist“ steuerfrei, auch wenn diese nach 2008 erzielt werden. Eine Ausnahme besteht bei Kursgewinnen von Zertifikaten, die regelmäßig der Besteuerung unterliegen, wenn sie nach dem 30. Juni 2009 veräußert werden.

Vom neuen Abgeltungsteuersatz **ausgenommen** sind Anteile an Kapitalgesellschaften im Sinne des § 17 EStG (Beteiligung mindestens 1 % am Gesellschaftskapital innerhalb der letzten fünf Jahre); von entsprechenden Veräußerungserlösen werden künftig 60 % der Besteuerung unterworfen.

Erträge (= Überschüsse) aus (Kapital-) **Lebensversicherungen**, die **nach 2004** abgeschlossen wurden bzw. werden und vorzeitig, d. h. vor Ablauf von 12 Jahren oder vor dem 60. Lebensjahr, ausgezahlt werden, unterliegen ebenfalls

der 25 %igen Abgeltungsteuer. Werden Überschüsse nach Vollendung des 60. Lebensjahres sowie nach einer Laufzeit von 12 Jahren ausgezahlt, bleibt es bei der geltenden Regelung, d. h. Versteuerung der Hälfte der Erträge zum normalen Einkommensteuersatz.

Kapitalauszahlungen aus Lebensversicherungen, die **vor** dem Jahr **2005** abgeschlossen wurden, bleiben weiterhin unter den bisherigen Voraussetzungen einkommensteuerfrei (z. B., wenn der Vertrag länger als 12 Jahre gelaufen ist). Rentenzahlungen aus entsprechenden Versicherungen gehören wie bisher nicht zu den Kapitaleinkünften und sind lediglich mit einem Ertragsanteil zu versteuern (z. B. bei Rentenbeginn mit 65 Jahren beträgt dieser 18 %).

Soweit Zinserträge aus Bankguthaben o. Ä. im Rahmen einer **gewerblichen** Betätigung anfallen oder zu den Einkünften aus selbständiger Arbeit, Land- und Forstwirtschaft oder **Vermietung und Verpachtung** gehören, gilt die Abgeltungsteuer **nicht**; entsprechende Kapitalerträge sind weiterhin der normalen Besteuerung zu unterwerfen.

## Kapitalertragsteuerabzug

Banken, Kreditinstitute, Finanzdienstleister usw. sowie Gewinn ausschüttende Kapitalgesellschaften haben regelmäßig einen dem Abgeltungsteuersatz entsprechenden Kapitalertragsteuerabzug von 25 % (zuzüglich Solidaritätszuschlag) von den Kapitalerträgen einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen. Dies gilt künftig auch für Gewinne aus dem Verkauf von Aktien usw. Ist der Anleger kirchensteuerpflichtig, behält das Anlageinstitut künftig auch einen Zuschlag auf die Kapitalertragsteuer in Höhe des jeweiligen Kirchensteuersatzes ein und führt diesen ab. Da die Kirchensteuer insoweit nicht mehr im Rahmen der Einkommensteuer-Veranlagung als Sonderausgabe berücksichtigt wird, ist hier eine pauschale Ermäßigung des Abgeltungsteuersatzes vorgesehen.

Der bisherige Zinsabschlag für Spar- und Anlagezinsen in Höhe von 30 % wird durch die neue Abgeltungsteuer abgelöst. Wie bisher können Banken usw. Freistellungsaufträge erteilt werden.

## Einkommensteuer-Veranlagung

Sofern ein entsprechender Steuerabzug vorgenommen wurde, brauchen diese Einkünfte **nicht** mehr in der **Einkommensteuer-Erklärung** angegeben zu werden. Der Empfänger der Kapitaleinkünfte kann allerdings beantragen, dass die dem Steuerabzug unterliegenden Einkünfte in seine Einkommensteuer-Veranlagung einbezogen werden. Dies kann sinnvoll sein, wenn der persönliche Einkommensteuersatz weniger als 25 % beträgt; in diesem Fall werden insoweit überzahlte Steuerbeträge erstattet.

Einkünfte, bei denen ein Steuerabzug regelmäßig nicht vorgenommen wird (z. B. Veräußerungsgewinne aus GmbH-Anteilen bei weniger als 1 % Beteiligung), werden dagegen grundsätzlich in der Einkommensteuer-Veranlagung erfasst, insoweit ist dann lediglich der ermäßigte Steuersatz von 25 % zugrunde zu legen.

Private Anleger erhalten künftig einen „**Sparer-Pauschbetrag**“, der sich aus dem bisherigen Sparer-Freibetrag und dem Werbungskosten-Pauschbetrag zusammensetzt, in Höhe von **801 Euro** (Ehegatten: **1.602 Euro**). Wie bisher kann in Höhe des Sparer-Pauschbetrags der Bank etc. ein Freistellungsauftrag erteilt werden. Ein Abzug der tatsächlichen Werbungskosten im

Zusammenhang mit privaten Kapitalerträgen ist allerdings nicht mehr zulässig. Im betrieblichen Bereich ist dagegen eine steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen, die mit Kapitalerträgen zusammenhängen, weiterhin möglich.

## Berücksichtigung von Verlusten

Positive und negative Einkünfte aus Kapitalvermögen, die der Abgeltungsteuer unterliegen, werden ggf. zunächst bei dem jeweiligen Anlageinstitut (z. B. Bank) miteinander verrechnet. Ein vom Anlageinstitut bescheinigter verbleibender Verlust darf nicht mit anderen Einkünften des Anlegers, sondern nur mit Kapitaleinkünften des laufenden Jahres und der Folgejahre saldiert werden. Wie bisher dürfen somit z. B. Verluste aus **Aktienverkäufen** grundsätzlich nur mit Gewinnen aus **Aktienverkäufen** verrechnet werden.

Festgestellte Verluste aus früheren privaten Veräußerungsgeschäften (aus Aktien- oder GmbH-Anteilen) vor 2009 (sog. **Altverluste**) können im Rahmen einer Übergangsregelung bis zum Jahr 2013 mit entsprechenden (Kapital-) Einkünften nach neuem Recht verrechnet werden.

	Private Kapitalerträge	
	bis 2008	neu ab 2009
Zinsen, sonstige Kapitalerträge	voll steuerpflichtig	Abgeltungsteuersatz 25 % auf volle Erträge
Gewinnausschüttungen, Dividenden etc.	50 % steuerpflichtig	
Veräußerungsgewinne (Aktien, Kapitalbeteiligungen, Wertpapiere etc.)		
Haltefrist bis 1 Jahr	50 % steuerpflichtig	
Haltefrist mehr als 1 Jahr	steuerfrei	
Beteiligung mindestens 1 % (§ 17 EStG)	50 % steuerpflichtig	60 % steuerpflichtig